

122TPT

Print Request: Selected Document(s): 1

Time of Request: March 23, 2006 03:32 AM EST

Number of Lines: 59

Job Number: 2822:90194356

Client ID/Project Name:

Research Information:

German News
(((pierre boulanger)))

Send to: LNEPROF, 122TPT
FNSP-PARIS
27 RUE SAINT GUILLAUME
PARIS CEDEX 07, FRA F-75337

1 of 39 DOCUMENTS

Copyright 2005 General-Anzeiger (Bonn)
All rights reserved
General-Anzeiger (Bonn)

9. Dezember 2005

RUBRIK: Wirtschaft; Welthandel; S.2**LÄNGE:** 601 Wörter**ÜBERSCHRIFT:** Industrieländer ringen um Marktöffnung;**WELTHANDEL:** Vor Verhandlungsbeginn der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) nächste Woche sehen Experten die Angebote der USA zum Subventionsabbau vor denen der EU. Streit um Hilfen für Bauern**DATUMSZEILE:** WASHINGTON**HIGHLIGHT:**

Industrieländer ringen um Marktöffnung **WELTHANDEL** Vor Verhandlungsbeginn der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) nächste Woche sehen Experten die Angebote der USA zum Subventionsabbau vor denen der EU. Streit um Hilfen für Bauern **WASHINGTON**

TEXT:**WASHINGTON.**

Wenn es um Welthandel und Liberalisierung geht, wird der Schwarze Peter zwischen den großen Handelsblöcken USA und EU seit Jahren hin und her geschoben. Jeder brandmarkt den anderen als größeren Bremser und knickerigeren Verhandlungspartner. Vor der WTO- Ministerkonferenz in Hongkong (13. bis 18. Dezember) haben die USA unabhängige Betrachter aber auf ihrer Seite: Die US-Angebote zur Senkung der Agrartarife und -subventionen gelten als großzügiger als die der Europäischen Union.

Die EU will die höchsten Agrarzölle um 60 Prozent senken und eine Obergrenze von 100 Prozent festsetzen, die USA haben 90 Prozent Senkung und 75 Prozent Obergrenze vorgeschlagen. Die USA wollen jedes Land nur für ein Prozent seiner Produkte von den geplanten radikalen Zollsenkungen ausnehmen, die EU will dies bei acht Prozent der Produkte. "Das würde in Europa genau die Bereiche ausnehmen, die am stärksten reformbedürftig sind: Zucker, Milch und Rindfleisch", sagt Kevin Watkins vom UN-Entwicklungsprogramm UNDP.

EU-Handelskommissar Peter Mandelson verlangt nun vor allem beim Abbau von Industriezöllen und der Öffnung der Dienstleistungsmärkte Fortschritte. "Immer mehr bei Agrar zu verlangen, ohne dies mit Angeboten in anderen Bereichen auszubalancieren, führt nicht zu ernsthaften Verhandlungen", sagte er in Brüssel. "Stimmt, aber wir müssen zuerst bei Agrar vorankommen, ehe wir vernünftigen Fortschritt bei Industriezöllen und Dienstleistungen erwarten können", sagte der US-Handelsbeauftragte Rob Portman in Genf.

Industrieländer ringen um Marktöffnung; WELTHANDEL: Vor Verhandlungsbegi

Die Doha-Runde soll vor allem Entwicklungsländern zugute kommen, die bei fairem Welthandel mit Agrarexporten wettbewerbsfähig wären. Nach einer Studie der Weltbank könnten bei vollständiger Handelsliberalisierung 300 Milliarden Dollar (254 Milliarden Euro) zusätzliche Einkommen realisiert werden. Fast die Hälfte davon käme Entwicklungsländern zugute, und zwei Drittel könnten durch tief greifende Reformen im Agrarsektor erreicht werden. Wenn allerdings nur zwei Prozent der Agrarprodukte als "speziell" deklariert werden - im Jargon der Handelspolitiker eine Kategorie, die eine Zoll-Senkung von nur 15 Prozent zulässt - würden die potenziellen Einkommensgewinne für die Entwicklungsländer praktisch ausradiert, sagte der Autor der Studie, Kym Anderson, in Washington.

Liebling der amerikanischen EU-Kritiker ist der Franzose **Pierre Boulanger** vom GEM-Institut für politische Bildung in Paris. Er geißelt die Regierung in Paris wegen des Vorwurfs an Brüssel, die EU gehe schon viel zu weit. "Wenn Vernunft die Oberhand gewänne, würden gerade die französischen Bauern mehr Zollsenkungen verlangen, weil sie davon profitieren würden", schrieb er im "Wall Street Journal". Nicht, dass die USA mit ihren Angeboten allseits Lob einsammeln. "In der Gesamtsumme sind die Unterstützungsleistungen der USA für Bauern immer noch zu hoch", sagte Watkins. "Auch ohne direkte Exporthilfen bekommen Baumwollfarmer in den USA so viel staatliche Gelder, dass sie unter Produktionskosten exportieren können."

"Beide Seiten erwecken den Eindruck, als machten sie große Zugeständnisse. Dabei würden wir - Amerikaner und Europäer - uns ja selbst mit dem Abbau der Agrarbeihilfen einen großen Mühlstein vom Hals nehmen", sagt Daniel Griswold vom Cato-Forschungsinstitut in Washington, das sich für den Freihandel stark macht. Allein in den USA zahlten Verbraucher durch die Agrarbeihilfen 16,2 Milliarden Dollar an reiche Agrarkonzerne, stellt das Institut fest. Bei einem Abbau würden Lebensmittel billiger, Steuergelder in Milliardenhöhe gespart und die Umwelt durch Verkleinerungen der Agrarfläche geschont.

dpa

UPDATE: 8. Dezember 2005